

Calmer Tagblatt

Nr. 36.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang

Ercheinungspreis: 6 mal wöchentlich Anzeigerpreis: Die kleinmögliche Seite 15 Pfg. Reklamen 35 Pfg. Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. Anzeigerpreis 2.

Donnerstag den 13. Februar 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 2.25 vierteljährlich. Postbezugspreis im Preis und Nachnahme 2.15. Im Remittente Mt. 2.25. Befreiung in Baden 30 Pfg.

Die Versklavung geht weiter.

„Reife dem Volk, das 5 Minuten die Waffen zu früh an die Wand stellt“, hat kurz vor der Revolution der sozialistische Abgeordnete und damalige Staatssekretär Scheidemann im Reichstag gesagt, und heute können wir die bittere Wahrheit dieses Wortes bis zur Reize ausstoßen. Daß wir, wenn wir uns unserer Gegner hätten erwehren können, ihnen solche Bedingungen auferlegt hätten, erscheint ausgeschlossen, das geht schon aus den Brest-Litowsker und Bukarester Friedensschlüssen hervor, die die unterlegenen Völker in ihrer freien wirtschaftlichen Entwicklung keineswegs behindert hätten. Und der Vorkrieg unter den Friedensunterhändlern ließ keineswegs den Unterschied zwischen Sieger und Besiegten in Erscheinung treten, wie es jetzt bei den Verhandlungen der Entente mit Deutschland der Fall ist. Diese Art und Weise der Behandlung eines großen Volkes ist überhaupt in der neueren Geschichte ohne Beispiel. Man denke an die Eroberungskriege Napoleons, die Europa länger als 1 Jahrzehnt zum Schlachtfeld machten, und wo Deutschland Jahre lang als schwerste unter französischer Willkür litt, und auf dem Wiener Kongreß, der nach der Verbannung Napoleons doch eigentlich nach dem stets von England angewandten Grundsatz der moralischen Vernichtung des Gegners Frankreich die verdiente Strafe hätte. Die Wiener Kongreß der Französischer Kaiserreich die erste Rolle, sodaß Frankreich bei dem endgültigen Friedensschluß ausgezeichnet abschnitt. Aber heute haben wir andere Verhältnisse, und die müssen vom deutschen Volk endlich erkannt werden. Wir haben es heute nicht mehr mit Persönlichkeiten und Kabinetten zu tun, die den Ausschlag geben, sondern mit kapitalistisch und weltwirtschaftlich interessierten Mächtegruppen, die ihre Ziele nicht von heute auf morgen ändern, die ihre Ziele auch nicht erst gestern aufgestellt haben, sondern die schon seit Jahren vor dem Krieg ihre wirtschaftlichen, geographischen und politischen Kriegsziele aufgestellt und sie konsequent während des Krieges durchgeführt haben. Der Weltkrieg der angelsächsischen romanischen Völker beginnt seine Geschäftseröffnung unter dem Namen „Völkerbund“ anzugehen, nachdem er den letzten Konkurrenten, den er mit friedlichen Mitteln nicht bezwingen konnte, mit Gewalt und Hinterlist niedergeworfen hat, und jetzt die Waffe aus dem erzwungenen Konkurs des Gegners an seine Mitglieder verteilt. Erinnerung man sich noch der Reden Wilsons und Lloyd Georges, die tausende Male erklärten, sie kämpfen nur gegen den deutschen „Militarismus“ und gegen die deutsche „Autokratie“, und heute, wo nicht einmal mehr ein Atom von diesem „Geiste“ in deutschen Landen gefunden werden kann, da überhört sich die Alliierten in Erniedrigungen und Ausbeutung des deutschen Volkes unter Androhung ihres Militarismus, wie man es bisher nur unzivilisierten Völkern gegenüber zu tun wagte, und wie sich bisher die Engländer nur den Iren, Buren und Indiern, die Franzosen den Marokkanern und die Amerikaner den Mexikanern gegenüber verhalten haben. Wer hat daran gedacht, daß nach Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, die an und für sich von vornherein wegen der zu kurzen Fristen unüberführbar und zudem von größter Härte waren, eine lange Reihe weiterer Forderungen aufgestellt werden würde, — wirtschaftliche und finanzielle, — lediglich dazu bestimmt, vor dem Friedensschluß schon Deutschland soviel wie möglich konkurrenzunfähig zu machen. Die erste Forderung der Lieferung von Tausenden von landwirtschaftlichen Maschinen geschah zu dem Zweck, die deutsche Landwirtschaft zu schädigen, damit nicht soviel landwirtschaftliche Produkte geerntet werden können, um Deutschland von der Einfuhr unabhängig zu machen, zum zweiten, um die Ausfuhrartikel Deutschlands herabzumindern, und damit seinen Geldkurs dauernd niedrig zu halten. Die zweite Forderung der Auslieferung der deutschen Handelsflotte geschah zum Zweck der Vernichtung der deutschen Weltseefahrt, die in Bezug auf Qualität vor dem Kriege an erster Stelle stand, in Bezug auf Quantität die englische in einigen Jahren eingeholt hatte. Der ausländische Weltreisende hatte sich daran gewöhnt, mit deutschen Dampfern zu fahren, ja selbst der Engländer, trotzdem er innerlich vor Wut schäumte, zog vielfach die sichere und bequemere Fahrt auf deutschen Ueberseesdampfern vor. Jetzt soll die deutsche Handels- und Verkehrsflotte verteilt werden. Die schönsten Landungseinrichtungen im New Yorker Hafen,

die Peers des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikaner-Linie werden mit den schönsten deutschen Dampfern in amerikanische Hände übergeben, und die deutschen Häfen sollen veröden. Jetzt sollen aber die Forderungen noch weiter verschärft werden in einer Weise, die selbst für ein wehrloses und bis zur Apathie zermürbtes Volk unerträglich sind. Wir haben unsere sämtlichen U-Boote abgeliefert; aber die Entente fordert auch noch die beim Waffenstillstand im Neubau befindlichen, die wir wegen Streiks jetzt nicht fertig stellen konnten. Sie fordert fernerhin die Seetüchtigmachung aller in unsern Häfen liegenden Handelschiffe, und ihre Auslieferung. Und unter dem Vorwand, uns nicht zu trauen, werden die Alliierten jetzt mit Zustimmung des amerikanischen Friedensapostels Wilson neue Tausende von Kanonen, Maschinengewehren und Flugzeugen fordern, sowie die Kontrolle über unsere Kriegsindustrie. Man wird uns vorschreiben, wie viel wir Soldaten halten dürfen, kurz die Versklavung soll vollständig werden. Reuter meldet aus Paris, daß die Alliierten sich darüber klar seien, daß die Entmilitarisierung Europas — warum bloß Europas? — eines der wichtigsten Ziele der Friedenskonferenz sei, und unter jenen Gesichtspunkten betrachtet der Prozeß in Deutschland seinen Anfang nehmen müsse. Je eher die Verminderung der Militärmacht Deutschlands bis zu einem Punkte, wo sie auf dem Friedensstand bestehen können dürfte, durchgeführt werde, umso besser sei es. Wahrscheinlich, die Verhängung aller menschlichen Rechte und alles moralischen Anstandes kann nicht weiter getrieben werden, als wie Reuter und Havas die brutalen Machsprüche der alliierten Konferenz mit ihrer zynischen Heuchelei bemängeln. Da gefällt uns die Erklärung des französischen Ministers Lerdien über die Rohmaterialfrage noch besser, weil wir daraus wenigstens klar erkennen, was wir von dem sog. Wilsonfrieden zu erwarten haben. Er sagte, die Neutrals — was heißt neutral? — sollen möglichst (1) Einfuhrfreiheit für Rohstoffe erhalten, wenn sie absolute Garantie geben, daß nichts nach Deutschland gelangt, Frankreich aber sei entschlossen keine Rohmaterialien nach Deutschland zu lassen. Begründet wird diese Weigerung, die ebenfalls gegen die 14 Punkte Wilsons verstößt, damit, daß ein Drittel der französischen Industrie zerstört sei, und wenn man Deutschland, dessen Industrie erhalten geblieben sei, Rohstoffe liefere, ehe die französische Industrie wieder aufreht ist, würde die französische Industrie im Frieden zum zweitenmal zerstört. In der Frage der Nahrungsmittelversorgung wolle man sehr generös sein gegenüber den feindlichen Ländern. Das ist nun wieder Ententenswindel, denn von den geringen Mengen, die man uns schon lange versprochen hat, ist bis heute noch nichts eingetroffen, und die Lieferungen werden immer wieder davon abhängig gemacht, ob wir die neuen Waffenstillstandsbedingungen auch erfüllen, und was die Entente unter „Erfüllung“ versteht, das haben wir ja genügend kennen gelernt. Also mit den Lebensmittelforderungen wird dauernd Erpressung getrieben werden, bis man das deutsche Volk zu einem Helotenstaat vom Charakter Indiens oder Irlands heruntergedrückt hat.

Was nun den Völkerbund anbelangt, den die Alliierten zu schließen gewillt sind, und in den man wahrscheinlich auch die Neutrals hineinzwingen wird, weil man durch wirtschaftlichen Boykott und Rohstoffentzug jetzt alles machen kann, so trägt sich die Entente schon mit dem Gedanken, wie dieser Bund sich Respekt verschaffen soll. Also Europa soll entmilitarisiert werden, namentlich aber Deutschland. Frankreich soll das Polizeigebiet für Europa sein, und deshalb das Recht zur Haltung eines Heeres haben, dessen Kosten — die europäischen Mächte zu tragen hätten. Also den Gefängniswärter sollen wir auch noch bezahlen. Die Engländer und Amerikaner sollen dann mit ihrer Flotte für die „Freiheit“ der Meere eintreten. Wodurch sollen auch dazu die Mitglieder des Völkerbundes ihr Scherflein beitragen. Die Wilsonsche Regierung hat jetzt schon zur Vermehrung ihrer Flotte eine erhebliche Forderung eingebracht, über die die Republikaner ganz entsetzt seien, schreibt Reuter, denn die politischen Gegner Wilsons seien der Ansicht, daß doch ein Krieg Amerikas gegen England nicht im Bereich der Möglichkeit liege, und daß es also zwecklos sei, eine Flotte zu schaffen, die jeder andern Flotte gewachsen sei. Das sind natürlich faule Witze, die Reuter da einer urteilslosen Masse aufischt, in Betreffheit wird nicht gegen England, sondern gegen Sa-

pan gerüstet, das man allein schon durch Drohung in Zukunft im Schach halten will. Der Völkerbund wird aber erst gegründet, nachdem Deutschland Elbaf-Lothringen verloren hat, und wesentliche Teile seiner Ostgrenze, nachdem man sich über die Verteilung der riesigen sibirischen Gebiete und der deutschen Kolonien geeinigt hat, für die die „unrigennütigen“ Amerikaner recht großes Interesse an den Tag legen. Die Amerikaner beanspruchen beispielsweise die „Mandate“, d. h. die Beaufsichtigung der deutschen Kolonien und des arabischen Gebietes, welche sie natürlich nie mehr aus den Händen geben wollen. In Europa aber fragt niemand, was um die Amerikaner, die doch wahrlich auf dem amerikanischen Kontinent genug zu tun hätten, in der europäischen Interessensphäre? Im Gegenteil, Wilson soll Präsident des Völkerbundes werden, der darauf berechnet ist, die Ankerkassen und Kronen dauernd als Herrscher der Welt zu bestätigen. Und dafür soll das deutsche Volk durch Entlohnung, Erniedrigung und Ausbeutung reif gemacht werden. Wir sollen die Bettel-freiheit erhalten, von der der erste Reichspräsident Ebert gesagt hat, daß er sie für unwürdig des deutschen Volkes halte. Wird man aber dann auch endlich den Mut haben, dem frechen Uebermut der Feinde bei den bevorstehenden Verhandlungen über die neuen Waffenstillstandsbedingungen entgegenzutreten. Wenn wir uns auch nicht mehr wehren können, unsere Ehre brechen wir uns doch nicht nehmen lassen. Bestehen die Feinde auf ihren unverkämbten Forderungen, auf, dann sollen sie die Verantwortung dafür übernehmen, dann soll die deutsche Waffenstillstandskommission es machen wie General v. Winterfeldt, der es abschulte mit einem wortbrüchigen und brutalen Geaner zu verhandeln. Die Alliierten sollen nicht in der Lage sein, einem von ihnen geschlossenen Gewaltfrieden den Schein des Rechtsvertrags zu geben. O. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Offen: angelsächsische Kampfandrohung gegenüber Japan.

New York, 11. Febr. Reuter meldet: Der Washingtoner Vertreter der „Ass. Presse“ telegraphiert: Einem hier eingetroffenen amtlichen diplomatischen Bericht zufolge hat Japan im Prinzip mit Krieg gedroht, wenn China die Geheimverträge beider Länder veröffentlicht und seine Vertragspflichten nicht erfüllt. Japan zu Deutschlands Nachfolger im Recht, im Eigentum und in den Konzessionen zu machen, die Deutschland bei Ausbruch des europäischen Krieges besaß. China sucht bei Großbritannien und den Vereinigten Staaten Unterstützung angesichts der Haltung Japans, die ernste Besorgnis unter den Vertretern der assoziierten Mächte hervorruft. Wie verlautet, sind die Abschriften der Geheimverträge aus dem Gepäck der chinesischen Friedensdelegierten gestohlen worden, als sie durch Japan reisten, und daher sind diese nicht in der Lage, die Geheimverträge auf der Friedenskonferenz zu veröffentlichen.

Wir haben schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die amerikanische und englische Presse jetzt offen gegen Japan agitiert. Jetzt wird China vorgezogen, genau wie man beim Krieg gegen Deutschland Serbien vorschob. Die Chinesen sind gegen Japan scharf gemacht worden, weil doch die Angelsachsen das chinesische Reich ausbeuten wollen, was die Chinesen aber nicht merken. Und jetzt wird man Japan als kriegsdrohende Macht hinstellen, und sofort den „Völkerbund“ gegen die Japaner anwenden. Vielleicht sehen jetzt auch die blindesten Deutschen ein, warum Amerika so am Ausgang des europäischen Krieges interessiert war. England, der Bundesgenosse Amerikas gegen Japan dürfte nicht geschlagen werden. Das ist angelsächsische „Völkerbunds“-Politik. Und da wundert es noch Leute bei uns, daß wir mit unserer auswärtigen Stümpfpolitik den Krieg verloren haben. Die Schriftl.

Die Entente u. die Frage der Kriegsentschädigungen. Berlin, 13. Febr. Die „Deutsche Allg. Zeitg.“ schreibt: In der Frage der Kriegsentschädigungen stehen sich zwei Auffassungen entgegen. Nach der von England vertretenen Formel soll Deutschland gezwungen werden, ohne Unterschied alle Kriegskosten zu tragen,

also die durch Zerstörung und Entleerung entstandenen Schäden ebenso zu ersetzen, wie die Ausgaben, die zur Erringung des Sieges notwendig waren. Da in diesem Fall der Gesamtbetrag 1000 Milliarden überschreiten würde, wäre eine verhältnismäßige Herabsetzung unumgänglich. Die amerikanische Auffassung will Schadenersatz für die erste Kategorie fordern. — Wilson aber hatte in seinen Völkerbundsreden davon gesprochen, daß es keine Kriegsschädigung geben dürfe. Sieht es denn keinen Vertreter des deutschen Volkes, der diesen Camer wenigstens moralisch sagt, indem er ihn auf seine Erklärungen festlegt.

Die Beschlagnahme der wichtigsten deutschen Arzneimittelindustrie für die Zwecke der Entente.

Berlin, 12. Febr. Die Generaldirektion der Höchsten Fabrikerie teilt mit, daß ihre Werke nicht von den Franzosen besetzt sind. Sie werden lediglich von zwei französischen Chemikern überwacht. Der Fabrikbetrieb läuft ungestört weiter. Die vorhandenen und neuhergestellten Chemikalien sollen in erster Linie zur Deckung des Bedarfs der Alliierten verwendet werden. Der hiernach verbleibende Rest darf nach besonderer Genehmigung in das unbesetzte Deutschland ausgeführt werden. Für Medikamente bedarf es zur Ausfuhr nach dem unbesetzten Gebiet auch der besonderen Genehmigung der französischen Behörden, die aber weiter erteilt wird. Sonstige Beschränkungen bestehen für Medikamente nicht, auch nicht für Solvarian. Nach Ansicht der Leitung der Höchsten Fabrikerie sind in ganz Deutschland noch beträchtliche Solvarianvorräte vorhanden, sodaß von einer Solvarian-Not nicht gesprochen werden kann. — Vor dem Krieg mußten die wichtigsten Arzneimittel von Deutschland bezogen werden. Im Krieg herrschte in den Entente-Ländern deshalb große Not in diesen Medikamenten. Jetzt wird man die Erfindungen deutscher Wissenschaft und deutscher Technik ja bald auch im Ausland anzukündigen wissen, weil man sie uns stiehlt. Das ist der moderne Anstand, den die Entente uns bringen wird. Die Schrift.

Unsere Lebensmittelversorgung nach wie vor höchst unsicher.

Berlin, 11. Febr. Die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen über das am 8. Febr. in Spaa unterzeichnete Lebensmittelabkommen hatte hervorgehoben: Die Erfüllung des ganzen Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betrefft der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch auferlegen wollen. Daraus ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittelversorgung nicht besteht. Inzwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls in Spaa tagenden Unterkommission für die Erledigung des Schiffsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, sodaß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen worden. Unter diesen Umständen bleiben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung, wie bereits gestern festgelegt, nach wie vor höchst unsicher. Deutsche Waffen-

Die französische Presse zur neuen Waffenstillstandsfrage.

Paris, 11. Febr. (Havas.) In einem Artikel über die deutsche Gefahr erinnert der „Matin“ an den Marquis Clemenceau und an den schlechten Willen Deutschlands, die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen. Das Blatt sagt dazu, daß man die Gelegenheit haben werde, die Sachlage zu beurteilen. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß der deutschen Nationalversammlung eine gewisse Zeit gelassen werde, um die Waffenstillstandsbedingungen zu diskutieren. Das Blatt schließt mit der Versicherung, daß man nach der gestrigen Beratung erklären könne, daß die verantwortlichen Führer der Regierungen und der Armeen vor nichts zurückweichen werden, damit der Sieg, welcher Frankreich 1 700 000 Tote gekostet hat, nicht durch ein deutsches Abmachten sabotiert werde. — „Echo de Paris“ sagt, daß man die Deutschen, falls sie ihre Handelsflotte und U-Boote nicht ausliefern werden und die beschlagnahmten Wertgegenstände nicht zurückgeben, durch eine Verschärfung der Blockade zu Wasser und zu Lande zwingen werde, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Die belgischen Forderungen.

Paris, 12. Febr. Havas meldet: Die Kommission der Friedenskonferenz hörte am Nachmittag das Exposé über die belgischen Ansprüche an. Der Minister des Äußeren Huysmans gab das belgische Programm bekannt, das in politischer Hinsicht das Aufgeben der belgischen Neutralität verlangt. In territorialer Beziehung stützte sich Huysmans auf das Nationalitätenprinzip und verlangte eine Grenzberichtigung zwischen Belgien und Holland. Er forderte die Freiheit der Schifffahrt auf der Schelde von der Mündung bis nach Antwerpen durch die Rückerstattung der holländischen Enclave von Limburg. Huysmans zieht den Anschluß Luxemburgs an Frankreich oder Belgien in Betracht. Der luxemburgische Staat müßte als erster darüber entscheiden. Belgien, das selbst im Jahre 914 Opfer der Gewalt geworden sei, wolle diese gegen die befreundeten Neutralen nicht anwenden. Ebenso werde Holland durch gemeinsame Abmachungen nach Deutschland hin vergrößert werden im Austausch gegen die Gebiete, die es Belgien wieder zurückgeben werde. Die Sitzung war ganz dem Exposé Huysmans gewidmet, der die Kongressfrage nicht berührte. Es fand keine Diskussion statt. Man nimmt an, daß eine Sonderkommission zum Studium der belgischen Ansprüche ernannt wird. — Die belgische Neutralität hat auch vor dem Kriege nur auf dem Papier bestanden, denn die Forderungen des englischen Militärates und die Verhandlungen belgischer Regierungsvertreter mit den Engländern über die Landung eines englischen Heeres waren eine ausgesprochene Verletzung der Neutralität Belgiens. Jetzt verlangt man noch holländisches Gebiet und will dann die Holländer mit deutschem Gebiet entschädigen, damit auch Holland in den Kreis der an Deutschlands Niederhaltung interessierten Mächte gezogen wird.

Annahme der großen amerikanischen Flottenvorlage.

Washington, 12. Febr. Reuter meldet: Das Repräsentantenhaus bewilligte mit 194 gegen 142 Stimmen das Flottensprogramm für 3 Jahre und nahm die gesamte Flottenvorlage an.

Bermittelte Nachrichten.

Die deutschen Schiffe zur Verfügung der Entente.

Hamburg, 11. Febr. Aus dem Hamburger Hafen laufen morgen 9, und aus den übrigen Nordseehäfen 6 Dampfer aus, um Lebensmitteltransporte aus England bezw. Amerika zu übernehmen.

Entente-Kriegsschiffe in Hamburg.

Hamburg, 13. Febr. Die englischen Kreuzer „Comus“ und „Domae“, die Zerstörer „Vesper“, „Thistle“ und „Truculent“, der amerikanische Kreuzer „Manchester“ und der französische Torpedobootzerstörer „Allette“ haben Hamburg gestern verlassen und sind elbawärts gegangen.

Der russische Bolschewist Radek verhaftet.

Berlin, 13. Febr. Zur Verhaftung Radeks wird in den Morgenblättern mitgeteilt, daß die große Zahl der Schriftstücke und Flugblätter, die in seiner Wohnung vorgefunden und beschlagnahmt wurden, bereits erkennen lassen, daß Radek die Sache des Bolschewismus in Deutschland noch lange nicht für verloren gab. Im März sollte nach gründlicher Vorbereitung ein neuer spartakistischer Putsch nicht nur in Berlin, sondern im ganzen deutschen Reich losbrechen, während gleichzeitig das russische bolschewistische Heer gegen die deutsche Ostgrenze vorstoßen sollte. Radek ging in allen möglichen Verkleidungen, auch in deutscher Uniform. Mit ihm wurde auch seine Sekretärin und seine Stenotypistin verhaftet.

Die englische Thronrede.

London, 12. Febr. Der König eröffnete gestern persönlich das Parlament mit einer Thronrede. Zunächst sprach der König von dem Zusammenbruch Deutschlands und von der Notwendigkeit, eine angemessene Streitmacht im Felde zu belassen, um die vollen Früchte des Sieges zu ernten. Die Konferenz in Paris mache gute Fortschritte und es machten sich auf ihr keinerlei Unstimmigkeiten bemerkbar. Nach Erwähnung seines Besuches in Frankreich und desjenigen Wilsons in England sagte der König, die Lage in Irland erfülle ihn mit großer Beforgnis. Es bestehe aber die Hoffnung auf eine Regelung, die von Dauer sei. Die Thronrede verlangt weitere Mittel, um die durch den Krieg verursachten bauenden Unkosten und die neuen Ausgaben für die Wiederherbau zu decken.

Wilson verläßt Europa.

Paris, 12. Febr. Havas. Präsident Wilson hat sich in Brief eingeschrieben.

Deutschland.

Die Reichsministerstellen.

Weimnr, 11. Febr. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, fand heute abend im Schloß eine Besprechung der Fraktionsvorsitze der Mehrheitsparteien mit dem neugewählten Reichspräsidenten Ebert über die Frage der Kabinettsbildung statt. Nach den bisherigen Dispositionen der Parteien dürften die Reichsämter wie

Die Entwicklungstendenzen unserer Volkswirtschaft.

Von Otto Seltmann.
(Fortsetzung.)

In Deutschland ist die Konzentration des Kapitals noch nicht bis zur Trufbildung fortgeschritten, wenn diese auch schon vereinzelte Ansätze, so in der Eisenindustrie, der Elektrizitätsindustrie, der Kohlegewinnung und der Seeschifffahrt, gemacht hat. Die vorherrschende Form der kapitalistischen Konzentration ist hier bis jetzt das genossenschaftliche Monopol, das Kartell und das Syndikat. Die im Kartell vereinigten Werke haben eine einheitliche Preisbildung, während schon das Syndikat nicht nur die Preise feststellt, sondern auch die Quantität der Produktion den einzelnen Werken vorschreibt in der sogenannten Anteilsquote. Das Syndikat kann die Produktion zu Zwecken der Preisbildung einschränken. Es ist, wie wir sehen, hier nur ein Schritt bis zum Trust. Diese Entwicklung ist ganz besonders beim Kohlendyndikat zu beobachten. Die großen Werke, die in ihrer Produktion in gewissem Grade beschränkt werden, suchen kleinere Werke anzukaufeu, um diese stillzulegen und sich deren Anteilsquote zu sichern, worauf sie ihren eigenen Betrieb besser ausnützen können. Der Nachteil der Produktionseinschränkung der Kohle für den Produzenten liegt hier auf der Hand.

Die Konzentrationstendenz des Kapitals tritt uns wie in der Industrie, so auch im Handel und besonders im Bankgewerbe entgegen. Aus naheliegenden Gründen hat die Kartell- und Trustbewegung internationalen Charakter; denn wenn in einem Lande dieses Prinzip durchgeführt ist, so sind die Produzenten des anderen Landes gezwungen, das gleiche zu tun, wenn sie nicht riskieren wollen, ihr Land von der fremden, billigeren Ware überschwemmt zu sehen. Ein Zollschutz würde hier wenig nennenden Wert haben: denn der Trust könnte ruhig so lange mit Verlust arbeiten, bis

er die Industrie des einen Landes ruiniert hätte, kann er doch seine Verluste dadurch ausgleichen, daß er die Preise in den von ihm beherrschten Ländern entsprechend erhöht. Man kommt eben letzten Endes wieder zu Vereinbarungen und die internationale, kapitalistische Verständigung ist fertig. Die Anzeichen für eine solche letzte Entwicklung sind heute schon auf einigen Gebieten vorhanden.

Der Staat darf, wenn er von dieser Entwicklung des modernen Kapitalismus nicht überrascht werden will, nicht mit verschränkten Armen zusehen, wie sich die Monopolisierung des ganzen Wirtschaftslebens vollzieht. Es kann ihm nicht daran gelegen sein, in immer größere Abhängigkeit von einem kleinen Kreise wirtschaftlich Mächtiger zu geraten; in Deutschland würde das eine Ablösung der absolutistischen Fürsten- und dann der Junkerherrschaft durch die Geldaristokratie bedeuten.

Das letzte Jahrhundert hat dem Einzelindividuum eine immer stärker sich äußernde Selbständigkeit im Denken, wie im Handeln gegeben, die verschiedenen Bevölkerungsschichten haben die Macht der Organisation kennen gelernt und so steht der moderne Staat ganz neuen Aufgaben gegenüber, wenn er im Gewühl der widerstreitenden Interessen sich zurechtfinden will. Die erste Aufgabe des Staates ist es, zwischen diesen widerstreitenden Interessen zu vermitteln nach dem Gesichtspunkte des Allgemeinrechts.

Nur dann ist eine günstige Fortentwicklung des heutigen Staates garantiert, wenn der Staat in der Lage ist, den wirtschaftlich Schwachen vor der Ausbeutung durch den wirtschaftlich Starke zu schützen, und so zu verhindern, daß die Interessentkämpfe bis zur letzten Konsequenz durchgeführt werden, was den Staatsbau unbedingt in seinen Grundfesten erschüttern müßte.

In Deutschland ist der Gedanke des staatlichen Schutzes des wirtschaftlich Schwachen schon in gewissem Grade in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Wir haben in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Entwicklung des Deutschen Reiches eine soziale Gesetzgebung ge-

schaffen, die geeignet ist, die Härten der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung zu mildern. Von maßgebendem Einfluß bei der Schaffung sozialer Gesetze wird immer die rein volkswirtschaftliche Überlegung sein müssen, die eine möglichst lange Erhaltung der volkswirtschaftlichen Kräfte des Angestellten und Arbeiters verlangt. Auch hier zeigt sich eine grundlegende Aenderung in der Auffassung des modernen Staates, daß er nicht mehr, wie es früher der Fall war, Naubbau an den Kräften des Volkes treibt. In diesem Sinne sind unsere Arbeiter- und Anwerbestellenversicherungen aufzufassen, die mit den Jahren wohl noch weiter ausgebaut werden dürften, besonders nach der Seite der Versicherungsleistungen hin; aber auch hier wird der Staat als Vermittler sich zeigen müssen, damit nicht unter der Erfüllung der Wünsche des Arbeitnehmers die Interessen des Arbeitgebers notleidern.

Der Schutz des wirtschaftlich Schwachen wird mit dem Fortschreiten der modernen kapitalistischen Entwicklung vom Staat fortgeführt werden müssen. Man wird wohl auch bei uns zu einer Arbeitslosenversicherung kommen, wie sie in England schon voriges Jahr in Kraft getreten ist. Weiter wird der Staat um die immer mehr sich einlebenden Tarifverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sich zu kümmern haben, man wird ihnen Rechtskraft geben müssen, und damit den brutalen Nachstoßpunkt neutralisieren. Auch der Wohnungsnot wird man, besonders in den größeren Städten, von Seiten des Staates intensiver begegnen müssen; denn gerade auf diesem Gebiete ist, vom sozialen und ethischen Standpunkt aus, in Deutschland noch manches zu tun.

So wird es ermöglicht werden können, die Nachteile der modernen kapitalistischen Entwicklung abzumildern, und immer mehr eine Entrosterisierung der großen Masse der Bevölkerung zu erreichen; ein Ziel, das im politischen Interesse des Staates erstrebenswert sein dürfte.

(Fortsetzung folgt.)

folgt besetzt werden: **Ministerpräsident: Scheibemann** (Soz.), **Vizepräsident: Freuß** (Demokrat), der gleichzeitig die Führung des Reichsamtes des Innern übernehmen wird, **Reichsverteidigungsamt: Noske** (Soz.), **Reichsarbeitsamt: Bauer** (Soz.), **Reichsernährungsamt: Herold** (Zentrum), **Reichsjugendamt: Petersen** (Demokrat), **Reichspostamt: Wiesberts** (Zentrum), **Reichsfinanzamt: Schiffer** (Demokrat), **Reichswirtschaftsamt: Wiffel** (Soz.), **Reichsjustizamt: Landsberg** (Soz.), **Auswärtiges Amt: von Brockdorff-Rangau**. Als **Minister ohne Portfeuille** werden ernannt: **Dr. David** (Soz.), **Kuß** (Soz.) und **Erzberger** (Zentrum).

Der Entwurf eines neuen Wehrgesetzes. Einführung des Arbeitszwanges.

Berlin, 12. Febr. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, wird der Entwurf für ein neues Wehrgesetz binnen kurzem der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt werden. Der Entwurf sehe die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht für das zu bildende Volkshier nach dem Muster der Schweiz vor. Die Dienstzeit soll sehr kurz bemessen sein. Auch soll, wie es weiter heißt, der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, das sich mit der Regelung der Arbeiterfragen befaßt und u. a. die Einführung des Arbeitszwanges vorsehen soll.

Die Verteidigung des Vaterlandes durch Soldatenräte gefährdet.

Berlin, 12. Febr. Der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblattes“ meldet aus Bromberg, daß die vor einigen Tagen so hoffnungsvoll begonnene deutsche Offensive in Bromberg wegen innerpolitischer Streitigkeiten bei den Kampftruppen plötzlich abgebrochen werden mußte. Der Bromberger Soldatenrat hatte, wie das Blatt meldet, den Erlaß des Kriegsministers über die Kommandogewalt nicht anerkannt; die Truppen jedoch erkannten den Erlaß an, brachen die Geächtstättigkeit ab und wählten einen Soldatenrat. Infolge dieser Ereignisse in der vordersten Linie mußte die Offensive abgebrochen werden. Nur eine Kompanie der republikanischen Bürgerwehr unter Führung des Leutnants Barthheimer sei in der vordersten Stellung

zurückgeblieben und sei darauf von drei Seiten von den Polen angegriffen und fast vollständig aufgerieben worden. Nach einer Meldung desselben Blattes hat das polnische Bezirkskommando in Hohenfolza allen Mannschaften der jungen Jahrgänge, darunter auch den Deutschen, die Stellungsbeehle zugesandt.

Danzig, 12. Febr. Ein großer Bürgerstreik droht in Danzig anzubrechen. Der L- und S-Rat und der Volksgaugschuss bestehen auf ihrer Forderung, die auf dem Hagelsberg untergebrachten Grenzschutztruppen, die sie für Reaktionsäre halten, evtl. unter Anwendung von Waffengewalt zu entwaffnen. Sie haben geplant, mit Arbeitern und ihnen ergebenen Truppen den Hagelsberg zu säumen. Der Danziger Bürgererrat, in dem sämtliche Organisationen der Vierzehnerschaft von Handel, Industrie, Handwerk, die Beamten der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden zusammengeschlossen sind, hat sich geschlossen hinter das Generalkommando gestellt, das die Auflösung dieser Truppe verweigert, weil jeder einzelne Mann der Truppe für die sozialistische Regierung und die Republik verpflichtet worden ist, die Truppe somit als vollkommen regierungstreuen anzusehen sei. Auf ein Telegramm des Bürgerrats an die Reichsregierung in Berlin sandte in ihrem Auftrag Volksbeauftragter Noske an den Danziger Volksgaugschuss folgendes Telegramm: „Es wird Beschwerde geführt, daß sich Ausschuss Eingriffe in tatsächliche Führung und Organisation des Grenzschutzes annimmt. Das weist Reichsregierung aufs entschiedenste zurück. Wegen weiterer Eingriffe wird Reichsregierung verstehen, die Ausschussmitglieder mit aller Strenge zur Rechenschaft zu ziehen.“ Der Danziger Bürgererrat hat beschlossen, in Danzig den Generalstreik zu proklamieren, wenn der Volksgaugschuss in letzter Stunde von seinen feindlichen Absichten nicht abläßt. Verhandlungen dauern an.

Die Zahl der noch in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 11. Febr. Wie wir hören, befinden sich noch insgesamt etwa 45 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland, davon 40 000 in Sibirien, darunter 400 Offiziere und etwa 16 000 Soldaten, außerdem etwa 2500 Mann in Turkestan und 2000 bis 2500 Mann in den Kasanenprovinzen und im Kaukasus. Alle übrigen deutschen Gefange-

nen sind aus Rußland zurückgeführt worden, von denen nicht in die rote Garde oder in internationale Regimenter eingetreten sind. Bei diesen letzteren Deuten handelt es sich um mehrere tausend Mann.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. Februar 1919.

Schweinemarkt in Calw.

Auf dem gestrigen Schweinemarkt waren zugeführt: 20 Säugeläufer und 110 Milchschweine. Trotz der hohen Preise wurde fast alles abgesetzt. Es wurde bezahlt für ein Paar Käufer 485-600 M., für 1 Paar Milchschweine 200 bis 250 M. Es waren wieder viele Käufer am Platz.

Bad Liebenzell, 11. Febr. Verbunden mit einem Gemeindefest am letzten Sonntag im dichtgefüllten Adlersaal die Begrüßung der Krieger statt. Der eigentlichen Feier ging ein von den Frauen und Jungfrauen gereichtes Festessen voraus, dem sich die Vertretung der von der Stadtgemeinde gestifteten Ehrengabe anschloß. Stadtschultheiß Müllen und Stadtpfarrer Sandberger begrüßten die Krieger. Die eigentliche Festrede hielt Prälat D. Schöll über den „Sein der Heimat“. Der Kirchenvorstand trug einige schöne Lieder vor und der Singverein erfreute die Anwesenden durch die treffliche Aufführung des „Pfeifer vom Harde“. Den Dank der Krieger für die Ehrung, Bewirtung und Verehrung sprach Hauptlehrer Böhmle aus. Stadtpfarrer Müller sprach das Schlusswort. Nach den Ausführungen des Stadtvorstands waren während des Krieges 270 Mann aus hiesiger Gemeinde einberufen, wovon 250 ausmarchiert waren. Hieron sind genau 20 Prozent, nämlich 50 Mann für das Vaterland gestorben.

Deizisau O.A. Ehlingen, 11. Febr. Wie die „Ehlinger Volksztg.“ berichtet, wurde der Eisenbahnarbeiter Christian Habel in Streikhänden von seinem Solme, der im Kriege war und in den nächsten Tagen vom Militär entlassen worden wäre, erschlagen. Wie sich die Sache zugetragen hat, wird die Untersuchung ergeben.

Druck und Verlag der A. Felschauer'schen Buchdruckerei Calw für die Schrift verantwortlich Titto Seilmann Calw

B. kanntmachung.
Sämtlicher Haber
der bis jetzt vom Wirtschaftskartenamt auf Bezugscheine den Fuhrhallern zugeteilt wurde,
kann am Montag, den 17. Februar, von 9-12 Uhr am Güterschuppen Allengasse abgeholt werden.
Säcke und Sackbündel sind mitzubringen. Aufkaufskommissär Hubel.
Stadtschultheißenamt Calw.
Die auf Buttermarkte Nr. 2 bestellte
Butter
kann gekauft werden.
Calw, 13. Februar 1919. Stadtschultheißenamt: Göhner.

Pferde zum Schlachten
auch verunglückte, kauft zu den höchsten Preisen
Mezger Gadenheimer, Hirsau.

Ein Pferd
auch z. Schlachten tauglich
setzt dem Verkauf aus.
Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
Gehlingen.
Ein älteres, sehr gutes
Zug = Pferd
setzt sofort dem Verkauf aus.
Christian Schwarz, b. Adler.

15 Ztr. Heu
zu tit zu kaufen
Röhm-Dalcolmo.

Hofhund (Rüde)
1 1/2 Jahre alt, blautiger, hat zu verkaufen.
Albert Knoll, ob. Marktstr.

Hirsau.
Eine junge Zug- u. Schaff-
Ruh
oder eine ältere
Ruh verkauft
Jakob Kentschler.

Schmieh.
Ein Paar schwere
Zug-
Dachsen
setzt dem Verkauf aus.
Michael Kentschler, Samuelebauer.

Mittlingen.
Am Samstag nachmittag 1 Uhr verkauft einen Wurj reine
Milch-
Schweine
Gemeindepfleger Stanger.

Forstamt Neuenbürg.
Nadelholz-Stangen-
Verkauf.
Am Samstag, den 22. Febr. 1919 vormittags 10 Uhr werden aus dem Staatswald sämtlicher 3 Huten auf dem Rathaus in Neuenbürg veräußert: Bauhölzer Stück: 165 I. a. Kl., 330 I. b. Kl., 390 I. Kl., 285 I. l. Kl., Haagstangen Stück: 160 I. Kl., 905 I. Kl., 1035 III. Kl.,
Hopsenstangen Stück: 2355 I. Kl., 3470 II. Kl., 745 III. Kl., 2055 IV. Kl., 465 V. Kl.,
Rebstecken Stück: 8640 I. Kl. 3695 II. Kl.,
Bohnenstücken Stück: 2410.
Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. N., Stuttgart.

Calw
Dienstag Abend ging mir mein rechter
Schapelz = Handschuh
verloren.
Bitte denselben gegen Belohnung abzugeben auf der
Bahnstation.

Einem bereits noch neuen Feder-
Britschenwagen
ca. 30 Ztr. Tragkraft, hat weil enthrlich, zu verkaufen.
Carl Waidlich, z. Köle.

Emmozheim.
Eine trachtige
Schaff-
Ruh
verkauft.
Gottlob Niehammer.

Stamm ein
Eine 32 Wochen trachtige
Schaff-
Ruh
setzt dem Verkauf aus.
August Holler, Bauer.

Calw.
Zu einer am Sonntag, den 16. Februar, 4 Uhr nachmittag im „Badischen Hof“ stattfindenden
Familien-Unterhaltung
laden wir die verehrlichen Mitglieder, besonders auch unsere zurückgekehrten Kriegsteilnehmer freundlichst ein
Die vereinigten Gesangsvereine.
Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.
Am Samstag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, findet im großen Saal des „Badischen Hofes“ unsere
Abschieds-Feier
verbunden mit
Vorträgen und Tanz statt.
Hiezu laden wir die verehrlichen Quartiergeber sowie die Einwohnerchaft von Calw und Umgebung ein
Heeresgut-Sammelstelle Calw.

Nächster Zeit trifft ein größeres Quantum
Dachpappe ein.
Bestellungen werden jetzt schon entgegengenommen.
Steinzeugplatten und Wassersteingarnituren sind vorrätig.
G. Pfeiffer, Bauunternehmer
Säulstraße, 241.
Einen guterhaltenen, eichenen
Webstuhl
samt Einrichtung
setzt dem Verkauf aus.
Johannes Kern, sen.

Wasserclas
empfiehlt
Carl Erve.

Landwirte!
Zur Bekämpfung von Krankheiten der Schweine spec. Krampf u. Rotlauf, zur Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte
Hirsch-Universal-
Komposition.
Niederlage in der
Neuen Apotheke zu Calw

das Stück zu 20 Pfg., sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. zu haben

Museums-Gesellschaft Calw.
 Heute Abend 1/28 Uhr
General = Versammlung
 im „Walshorn“.

Uhren in Silber für Damen und Herren, ebenso moderne

Regulateure
 sind wieder am Lager und empfiehlt solche
K. Zahn, Uhrmachermeister.

Schaf-, Reh-, Kanin-, Felle
Hasen- und Gais-
 kauft zu den höchsten Tagespreisen
Wilhelm Balz, Weißgerberei.
 Auch werden **Felle zum Gerben** jederzeit angenommen.



Landwirtschaftliches
Antwesen gesucht.
 Suche
 ein landwirtsch. Antwesen od. Hofgütdchen
 mit totem und lebendem Inventar
 und 18—30 Morgen Feld,
 gegen bar zu kaufen.

Ferner noch einige größere Hofgüter.
 Angebote mit Preisangabe erbeten an
Rudolf Gwinner, Lötzingen, Neckarkalbe 8.

Am Samstag, den 15. d. M., nachmittags 2 Uhr, verkauft
100 Stück rottannene Hopfen-Stangen,
 7—10 Meter Länge an der alten Straße gegenüber dem Maschinenhaus

8 Meter durrres Baumholz
 beim Haus
Johannes Kentschler, Schmied.

Lieber z. H.
 Wegen Umzug verkaufe ich folgende Sachen
 mehrere Fahrräder mit und ohne Gummi,
 1 Schuhmacher-Nähmaschine, wenig gebraucht,
 1 Haushaltungs-Nähmaschine, „ „
 1 Meiligen Hasen-Stall.
Eugen Holzäpfel, Fahrrad- u. Nähmaschinen-Handlg.

Durr-Obst
 von Frisch, oft
 kauft jedes Quantum
Röhm-Dalcolmo.
 Neubulsh.
 Ich empfehle mich im
Sack-Beichnen.
 Werde bestrebt sein, meine Kund-
 schaft aufs beste zu bedienen.
Johannes Sieber.

Zither-Saiten

sind zu haben
 in der Buchhandlg. Dupp.

Älteres, zuverlässiges, ehrliches
Mädchen

findet sofort oder auf 1. März
 gute Stelle
 in kleiner Beamtenfamilie. Näheres
 in der Geschäftsstelle des Blattes.

Zuverlässiges
Mädchen

zu baldigem Eintritt
 gesucht.
 Näheres in der Geschäftsstelle
 dieses Blattes.

Lüchtiges
Zimmermädchen,

welches gut nähen und bügeln kann
 und schon in besserem Hause in
 Stellung war, bei gutem Lohn
 nach auswärts gesucht.

Nähere Auskunft erteilt
 Fr. ulein E. Schneider bei
 Herrn Privatier Seeger,
 Bahnhofstraße.

Gesucht
 auf 1. März als zweites

Mädchen

ein geordnetes, nicht zu junges, das
 sich der Gemeinschaft und dem
 Jungfrauen-Verein anzuschließen
 Lust hat. Angebote mit Lohnan-
 spruch an
 Frau Schultheiß Häberlen,
 Calmbach a. E. b. Wildbad.

Lüchtiges Mädchen

in Haus- und Gartenarbeit erfahren
 wird in feiner Fremdenpension bei
 gutem Lohn, Trinkgeld und guter
 Behandlung zu baldigstem Eintritt
 gesucht.

Frau Dr. v. Klaff,
 Bad Liebenzell Villa Friede.

Ein tüchtiger
Pferdeknecht

nicht unter 18 Jahren, für Land-
 wirtschaft kann sofort eintreten bei
**Ludwig Linkenheil,
 Einmögheim.**

Vertrieb
 (Alleinverkauf)

reell gel. gesch. erstkl. Massenartikel
 (Haushaltsartikel) f. hiel. Geg. a.
 verg. Must. geg. Einf. v. 1.10 Mk.
 Näh. b.

Gen. Vertr. Wörner, Karls-
 ruhe Boedhstr. 31.

Lüchtiger Faktknecht
 sucht Stellung

in kleinerer Kundenmühle od. Land-
 wirtschaft. Näheres in der Geschäfts-
 stelle des Blattes.

Gehingen.

Für Brautleute:

**6 eichene komplette Schlaf-
 zimmer, 3 eichene Speise-
 zimmer, sowie 12 tannene
 Bettladen**

hat zu verkaufen.
Friedrich Mitschelt.

Heidelberg, den 12. Februar 1919.

Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod
 hat es nach seinem Rat und Willen
 gefallen, unsern lb. guten treu-
 bejorten Gatten, Vater, Bruder
 und Schwager

Michael Schroth

(Gemeinderat)

nach langem, schwerem Leiden, im Alter von
 79 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen,
 wovon wir Verwandte, Freunde und Bekannte in
 Kenntnis setzen.

In tiefem Schmerz
 Familie Schroth.

Beerdigung Samstag den 15. Febr. nachm 1 1/2 Uhr.



Holzbrunn, 12. Februar 1919.

Todes-Anzeige.

Tief betrübt zeigen wir den Tod unseres lieben
 Gatten, Vaters, Großvaters, Bruders und Onkels



Georg Miethammer (Wac)

an.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Samstag nachmittags 1 1/2 Uhr.

Calw, den 12. Februar 1919.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
 bei dem Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres
 lieben Vaters, Großvaters, Bruders,
 Schwagers und Schwiegervaters



Eugen Wenreter

Zugführer

für die trostreichen Worte des Herrn
 Stadtpfarrers am Grae, den erhebenden Gesang
 des Sängerbundes unter Leitung des Herrn Haupt-
 lehrers Prommer, sowie dem Veteranen- und Mi-
 litärverein und seinen Berufsgenossen, auch den-
 jenigen Herrn, die im Namen ihrer Verände
 Kränze niedergelegt haben, sprechen den herzlichsten
 Dank aus

Die trauernden Hinterbliebenen.

Stuttgarter-Gehingen, 13. Febr. 1919.

Dankagung.

Allen, die meinem I. verewigten Gatten, unserem
 I. Vater, Bruder, Schwager und Onkel



Prof. Chr. Gehring

in so ehrender Weise in Liebe ge-
 dachten, sowie für die vielen Blumen-
 spenden hat auf diesem Wege herz-
 linnigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Fr. Rosa Gehring.

Der Bruder Bernhard Gehring
 mit Familie.